

Presseschau Romaproteste in Berlin vom 07. bis 11.06.02

anbei

Presseberichte Tagesspiegel, FR, SZ, Berliner Zeitung, Junge Welt, TAZ, Weserkurier u.a.

siehe auch

Infoseite Flüchtlingsrat Berlin

Roma protestieren in Berlin gegen drohende Abschiebungen -

Flüchtlingsrat fordert wirksame Altfallregelung

<http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/presseerklaerungen.php>

Bilder von der Demonstration der Roma am 10.6. in Berlin für ein Bleiberecht und Infos und Links bei

<http://www.germany.indymedia.org/2002/06/23902.shtml>

und einen Video

http://www.restoel.de/kanalB/video/100602_roma.rm

Der Tagesspiegel 11.06.2002

PROTEST GEGEN ABSCHIEBUNG: ROMA HOFFEN AUF BERLIN

500 Jugoslawien-Flüchtlinge aus Nordrhein-Westfalen demonstrierten in Mitte / Zug kreuz und quer durch Deutschland

Sie haben ihre Kinder aus der Schule genommen, Wohnungen und Heime verlassen und ihre Lehrstellen aufgegeben. Rund 500 Roma aus Jugoslawien ziehen seit Ende April durch Deutschland, um gegen ihre drohende Abschiebung in den Kosovo, nach Serbien und Montenegro zu protestieren. Jetzt sind die 350 Männer und Frauen und 140 Kinder in Berlin angekommen. "Das hier ist unsere einzige Chance", sagte der 17-jährige Demail Elmazi gestern im Demonstrationzug vom Schlossplatz zum Brandenburger Tor.

Seit dem 27. April leben die Roma auf der Straße. In Essen und Bremerhaven haben sie auf öffentlichen Plätzen gezeltet. In Berlin brachte PDS-Sozialsenatorin Knake-Werner sie am Freitag in Flüchtlingsheimen unter. "Hier geht es uns wieder ein bisschen besser", sagt eine 25-jährige Mutter von drei Kindern. Im Zelt sei es kalt gewesen, Erwachsene und Kinder hätten gehungert.

Offiziell wollen die Roma bis Dienstag in Berlin bleiben. Am Montag lagerten sie bis zum frühen Abend auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor, hielten ihre Transparente hoch, sangen und tanzten. "Wir hoffen, dass wir mit Politikern ins Gespräch kommen", sagte der Sprecher einer Roma-Organisation. Gekommen ist Cem Özdemir, der innenpolitische Grünen-Sprecher. "Er will sich in NRW für eine humanitäre Lösung für Familien mit hier geborenen Kindern einsetzen", sagte Özdemirs Sprecher. Die Familien lebten teilweise seit 15 Jahren in Deutschland, die Kinder seien voll integriert: "Die müssen hierbleiben können." Für Dienstagvormittag genehmigte die Innenverwaltung eine weitere Demonstration vor der Jugoslawischen Botschaft. Wohin soll die Reise dann gehen? Die Roma-Organisation spricht von einem "Bettelzug zur EU nach Brüssel".

In Berlin halten sich die Roma illegal auf. Geduldete Flüchtlinge dürfen das Bundesland, in dem sie gemeldet sind, nicht verlassen. "Wir setzen die Verlässenspflicht derzeit nicht zwangsweise durch, um den Protest zu ermöglichen", sagt die Sprecherin der Innenverwaltung, Henrike Morgenstern. Am Sonntag hatte die Polizei das Heim in Lichtenberg, in dem etwa 200 Roma untergebracht waren, umstellt, Personalien festgestellt und Duldungsbe-

scheinungen eingezogen. Der Flüchtlingsrat bezeichnete dies als "Überfall". Frauen und Kinder seien in Panik versetzt worden, sagen die Roma. Die Polizei widersprach den Vorwürfen.

Demail Elmazis Klassenkameraden in Essen stecken mitten in den Prüfungen zum Real-schulabschluss. "Ich verliere wahrscheinlich ein Schuljahr", sagt Demail, "aber ich kämpfe hier für mein ganzes Leben." In die serbische Industriestadt Nis zurückzugehen, wo er geboren wurde, kann sich der Jugendliche nicht vorstellen. Verwandte, die dort leben, hätten keine Arbeit, es gäbe keine Gesundheitsversorgung, kein ordentliches Schulsystem. Die Häuser seien zerstört oder von Serben bewohnt. "Wir leben hier viel besser, als da unten." Selbst wenn er in Deutschland eine Ausbildung hätte machen dürfen, sagt der 19-jährige Sefki Cerimovic, würde ihm die nichts nützen. "In Serbien wird nichts davon anerkannt und Arbeit gibt es dort auch nicht." Sefki sagt, er habe Altenpfleger werden wollen, sei aber gezwungen, von Sozialhilfe zu leben.

In Deutschland haben die meisten Roma bislang kaum eine Perspektive. Nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz soll die "Rückführung" in die Heimat in diesem Jahr in Angriff genommen werden. "Wo ist unser Land?", fragten die Roma gestern auf Transparenten. Amory Burchard

Frankfurter Rundschau 11.06.02

FÜR ROMA HAT AUCH CEM ÖZDEMIR KAUM EINEN GUTEN RAT

Minderheiten-Vertreter demonstrieren für Bleiberecht - und müssen Abschiebung fürchten

Von Pitt von Bebenburg (Berlin)

Seit mehr als sechs Wochen reisen mehrere hundert Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien durch Deutschland, um sich ein Bleiberecht zu erstreiten. Doch auch nach Gesprächen in Berlin sind ihre Aussichten gering.

Sandra kam nach Deutschland, als sie vier Jahre alt war. Heute ist die junge Roma-Frau 16 Jahre alt und geht in Essen zur Schule. Ihre Klassenkameraden hat Sandra schon seit 45 Tagen nicht mehr gesehen: Seit dieser Zeit reist sie mit etwa 600 anderen Roma durch die Republik, um ihre Abschiebung nach Serbien zu verhindern. "Ich kenne Jugoslawien überhaupt nicht", sagt die junge Frau mit dem dunklen Pferdeschwanz und dem pinkfarbenen Pulli. "Ich kenne nur Deutschland." Das gilt erst recht für Sandras drei Geschwister, die allesamt in der Bundesrepublik geboren sind.

Gemeinsam mit Ramiza aus Duisburg trägt Sandra am Montag ein Transparent durch Berlin, auf dem sie verlangen, den "Exodus des Jahrhunderts" zu beenden. Nach ihrer Auffassung wäre die Abschiebung aus Deutschland eine neue Vertreibung. Menschenrechtsinitiativen notieren, dass die Minderheit in Serbien, Montenegro und Kosovo unterdrückt wird. Nicht zufällig führt die Demonstrationsroute am Gelände für das geplante Holocaust-Mahnmal vorbei. Dort erinnern die Demonstranten an die Roma-Verfolgung der Nazis und daran, dass viele Roma nie eine Entschädigung erhalten hätten.

Seit der vergangenen Woche hat sich die Lage für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien verschärft. Da beschloss die Innenminister-Konferenz in Bremerhaven, dass es auch für ethnische Minderheiten aus Kosovo kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht geben werde und "die Voraussetzungen für eine zwangsweise Rückführung noch in diesem Jahr gegeben sein werden".

Die Altfall-Regelung der rot-grünen Koalition greift für die Roma nicht, weil mit ihr nur Ausländer geschützt wurden, die schon seit längerem in Deutschland arbeiten. Die Roma jedoch,

deren Duldung stets nur für wenige Monate verlängert wird, finden wegen ihrer unsicheren Lage keine Arbeit. Sie fordern deshalb auch das Recht zu arbeiten. "Roma sind auch Europäer", mahnen sie auf ihren Transparenten.

Grünen-Innenpolitiker Cem Özdemir, der zu den Demonstranten herüberkommt, nennt die Suche nach Lösungen "sehr schwierig". Im Vordergrund stehe das Bemühen, über die Außenpolitik die Lage in Serbien und Montenegro zu verbessern. Zudem wolle man versuchen, über die Härtefallkommission in Nordrhein-Westfalen, wo Sandra und viele andere Demonstranten leben, in Einzelfällen zu helfen. PDS-Politikerin Petra Pau fordert eine großzügigere Altfall-Regelung. Doch das nützt den Demonstranten nicht viel. Sie ziehen weiter - nach Hannover.

Süddeutsche Zeitung 11.06.02

ZU HAUSE NUR ABSCHAUM

Roma aus Ex-Jugoslawien demonstrieren für ihr Bleiberecht

Als Demail zwei Jahre alt war, flohen seine Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sie flohen vor Bürgerkriegen mit denen die Roma nichts zu tun hatten und sie flohen vor Diskriminierung, der sie als Minderheit in Jugoslawien ausgesetzt waren. Inzwischen ist Demail 17, hat den Realschulabschluss in der Tasche und möchte Abitur machen. Sein Deutsch ist fließend. Nur, dass er aus dem Rheinland kommt, hört man manchmal, wenn er von den Strapazen der letzten Wochen erzählt.

Demail ist einer von 500 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die seit 45 Tagen durch Deutschland ziehen, um gegen ihre Abschiebung zu protestieren. Nach Essen, Bremerhaven und Hamburg sind sie diese Woche nach Berlin gekommen, um gegen die von den Innenministern der Länder beschlossene Abschiebung mobil zu machen. Eine Woche lang hatten sie bereits in Bremerhaven demonstriert, als dort die Innenministerkonferenz tagte. Vergeblich. Nun wollen sie ihre Situation in der Hauptstadt quasi auf bundespolitischer Ebene zum Thema machen. In geordneten Reihen bewegt sich die lange Kolonne vom Alex zum Brandenburger Tor. Die Ordnung und Routine, die sich nach eineinhalb Monaten Demonstrieren eingestellt hat, verbirgt nur kaum, dass es für die Roma um ihre bloße Existenz geht.

Demail zum Beispiel würde gern eine Lehre im kaufmännischen Bereich machen, um Geld zu verdienen. Doch arbeiten darf er nicht. Roma sind in Deutschland lediglich als Bürgerkriegsflüchtlinge geduldet und mit einer Duldung erhält man keine Arbeitserlaubnis. Doch nach dem Abschiebungsbeschluss der Innenministerkonferenz geht es für die Roma nur noch um ein Bleiberecht. Mit dem Ende der Balkankriege ist für die Innenminister der Grund der Duldung erloschen. Sie fordern die rund 30000 in Deutschland lebenden Roma auf, freiwillig nach Serbien, Montenegro und in den Kosovo zurückzukehren. Doch die Roma sehen im ehemaligen Jugoslawien keine Perspektive für sich und ihre Kinder. Ihre Häuser sind zerstört, wenn nicht durch die Kriege, dann durch die Bomben der Nato, wie ihre Transparente kundtun. Nach oft anderthalb Jahrzehnten in Deutschland beherrschen ihre Kinder zudem weder die serbische Sprache noch Schrift und haben damit in der Heimat kaum Chancen, eine Arbeit zu bekommen. "Auch nach dem Ende der Balkankriege" sagt Demail "sind die Roma für Jugoslawen der Abschaum vom Abschaum".

Vor allem aber fürchteten sie sich vor Übergriffen. Einer erzählt von Bekannten, deren Kind nach der Rückkehr ermordet wurde. Erschossen von einem Dreizehnjährigen – wegen ein Paar deutscher Turnschuhe.

Melanie Sehgal

Roma fordern Bleiberecht

BERLIN dpaRund 500 Roma haben gestern in Berlin gegen ihre drohende Abschiebung nach Serbien, Montenegro und in das Kosovo demonstriert. Die Familien, die meist vor mehr als zehn Jahren als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen, fordern ein Bleiberecht. Die Innenministerkonferenz hatte ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Minderheiten aus Exjugoslawien ausgeschlossen und an die Betroffenen appelliert, freiwillig auszureisen. Sonst komme es zur "zwangsweisen Rückführung". Mit der Demo wollen die Roma ein Gespräch bei Bundesinnenminister Otto Schily erreichen. Den Demozug führten Frauen mit Kinderwagen an. "Unsere Kinder sind eingedeutscht, sie haben in unserer Heimat keine Chance", so ein Sprecher. Viele seien zur Rückkehr bereit, wenn für Häuser, Schulen und Arbeitsplätze gesorgt wäre. "Noch will uns dort aber niemand haben."

45 TAGE FÜR WÜRDIGES LEBEN

Der wochenlange Protestzug der Roma gegen den Abschiebebeschluss der Innenminister erreicht Berlin. Vor dem Brandenburger Tor fordern sie Bleiberecht

Marion ist 11 Jahre alt und ein aufgeweckter und begabter Junge, wie seine Mutter stolz sagt. Marion ist in Deutschland geboren und spricht fließend Deutsch. Aber er wird in diesem Land nicht mehr geduldet. Er und seine vor 12 Jahren aus Montenegro geflüchteten Geschwister und Eltern sind Roma und müssen laut Beschluss der Innenministerkonferenz "möglichst bald freiwillig nach Jugoslawien ausreisen". Andernfalls droht die "zwangsweise Rückführung" in diesem Jahr.

Schon seit 45 Tagen demonstrieren rund 500 weitere Roma quer durch die Bundesrepublik gegen den Beschluss der Innenminister. Gestern zogen sie zum Brandenburger Tor. Sie verlangen ein Gespräch mit Bundesinnenminister Otto Schily (SPD).

Die Demonstranten haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben. So wie Eljez, ein älterer Mann mit einem Enkelkind an der Hand, der sagt: "Lieber würde ich mich umbringen, als nach 12 Jahren zurück nach Jugoslawien gehen und zusehen wie meine Enkel ohne jegliche Chance auf ein würdiges Leben dort aufwachsen". Das wäre für sie alle eine Katastrophe.

Eine Rückkehr in die Heimat wäre nach Angaben der Roma-Union momentan mit polizeilichen Schikanen, Misshandlungen und Übergriffen verbunden. Bis jetzt wurde kein Rückkehrprogramm entwickelt. So müssen die Roma in ein Land zurückkehren, in dem sie laut UNHCR mit menschenunwürdigen Zuständen und Gefahren zu rechnen haben. Als eine Minderheit mit einem niedrigen sozialen Status haben Roma im ehemaligen Jugoslawien kaum Zugang zu Wohnraum und zu sanitären Einrichtungen, kaum eine Chance auf Arbeit und Bildung. Es besteht nicht einmal Anspruch auf Rechtsschutz.

Schon seit Jahren würden Roma de facto "leise vertrieben", beklagt der Leiter der Antirassistischen Initiative. Da sie nur geduldet werden, dürfen sie in der Bundesrepublik nicht arbeiten. Nun kürzt man ihnen die Taschengelder, statt in einer Wohnung werden sie in Sammelunterkünften untergebracht, Sozialhilfe wird gestrichen.

Mit "dem Dzoni" glauben die Roma jetzt eine Chance zu haben. Dzoni Sichelschmidt, charismatischer Sprecher der C.I.A.E. Roma-Union (Essen), sagt: "Unsere Kinder sind richtig eingedeutscht, sie haben in unseren Heimat keine Chance." Und "viele wären bereit, zurückzukehren, wenn dort für Häuser, Schulen und Arbeitsplätze gesorgt wäre. Noch will uns dort aber niemand haben."

Mit Unterstützung des Flüchtlingsrats fordert man unter anderem einen Abschiebestopp und ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Roma, die seit mehr als fünf Jahren in der Bundesrepublik leben. Ob die drohende Abschiebung verhindert werden kann, bleibt fraglich. Am heutigen 46. Demonstrationstag planen die Roma eine Kundgebung vor der jugoslawischen Botschaft. MAXIM GROUCHEVOI

taz Berlin lokal Nr. 6771 vom 11.6.2002, Seite 24, MAXIM GROUCHEVOI

Berliner Zeitung 11. Juni 2002

ROMA FORDERN BLEIBERECHT IN DEUTSCHLAND

Flüchtlinge wollen mit Politikern sprechen

dpa. Rund 500 Roma haben am Montag gegen ihre drohende Abschiebung nach Serbien, Montenegro und in das Kosovo demonstriert. Die Familien, die vor mehr als zehn Jahren als Bürgerkriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen, forderten ein Bleiberecht in der Bundesrepublik. Die Innenministerkonferenz hatte am vergangenen Donnerstag ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Minderheiten aus Ex-Jugoslawien ausgeschlossen und an die Betroffenen appelliert, freiwillig auszureisen. Andernfalls komme es zur "zwangsweisen Rückführung".

Mit der Demonstration wollten die Roma ein Gespräch bei Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erreichen. "Wir bedanken uns für die Gastfreundschaft in Deutschland. Wir möchten aber nicht, dass über eine Rückkehr in unsere Heimat über unsere Köpfe hinweg entschieden wird", sagte Dzoni Sichelschmidt, Sprecher der C.I.A.E. Roma-Union (Essen) am Montag am Rande der Kundgebung. "Wir wünschen uns einen Dialog mit Bundespolitikern".

Eine Rückkehr in ihre Heimat wäre nach Angaben der Roma-Union momentan mit polizeilichen Schikanen, Misshandlungen und Übergriffen verbunden. Die Innenministerkonferenz hatte ihre Entscheidung dagegen nach Berichten der UN-Verwaltung im Kosovo (UNMIK) gefällt und eine Rückkehr für möglich gehalten. Die 248 Männer, 145 Frauen und 140 Kinder, die nur einen Aufenthaltsstatus für Nordrhein-Westfalen haben, planen am Dienstag vor der Botschaft Jugoslawiens in Berlin eine weitere Demonstration. (dpa)

Berliner Morgenpost 11. Juni 2002

ROMA-DEMONSTRATION FÜR BLEIBERECHT

Rund 500 Roma demonstrierten gestern gegen ihre drohende Abschiebung nach Serbien, Montenegro und in das Kosovo. Die meisten Familien kamen vor mehr als zehn Jahren als Bürgerkriegsflüchtlinge nach Deutschland und haben lediglich einen Aufenthaltsstatus für Nordrhein-Westfalen.

Vom Schlossplatz aus zogen sie bis vor das Brandenburger Tor. Sie forderten ein Bleiberecht in der Bundesrepublik. Hintergrund der Demonstration ist ein Beschluss der Innenministerkonferenz, die am Donnerstag ein dauerhaftes Bleiberecht für Minderheiten aus Ex-Jugoslawien ausgeschlossen und an die Betroffenen appelliert hatte, freiwillig auszureisen. Sonst komme es in diesem Jahr zu zwangsweisen Rückführungen. kö

Berliner Morgenpost Montag, 10. Juni 2002

ROMA-FLÜCHTLINGE PROTESTIEREN GEGEN ABSCHIEBUNG

Die mehr als 530 illegal nach Berlin eingereisten Roma aus Ex-Jugoslawien wollen am heutigen Montag in der Bundeshauptstadt gegen ihre drohende Abschiebung protestieren.

Die seit rund zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürgerkriegsflüchtlinge planen eine Demonstration durch die Berliner Innenstadt und eine Kundgebung am Brandenburger Tor, kündigte ein Sprecher der Gruppe am gestrigen Sonntag an.

Dabei suchen sie auch das Gespräch mit Bundespolitikern, um eine zwangsweise Rückführung in die Heimat zu verhindern.

Die Flüchtlinge, die vor allem aus Serbien und Montenegro stammen, waren am vergangenen Donnerstag nach 42-tägigen Protesten in anderen deutschen Städten in Berlin eingetroffen.

Zwar haben sie damit gegen geltendes Recht verstoßen, wonach sie sich nur im Bundesland Nordrhein-Westfalen aufhalten dürfen; allerdings duldet der rot-rote Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) die Aktion aus humanitären Gründen.

Die Roma fordern ein Bleiberecht in Deutschland, weil sie als Minderheit in Jugoslawien Ausgrenzung und Verfolgung befürchten. ddp

Junge Welt 11.06.2002

Inland Jana Frielinghaus

»RÜCKFÜHRUNG« IN DIE FREMDE

Roma demonstrierten in Berlin gegen die ihnen drohende Abschiebung nach Jugoslawien

Rund 50000 Serben, Roma und Angehörige anderer Minderheiten aus dem Kosovo leben nach UN-Schätzungen derzeit in der BRD. Sie alle wären von einem in Arbeit befindlichen Abkommen zwischen der BRD und Jugoslawien zur »Rückübernahme« von Flüchtlingen ethnischer Minderheiten betroffen. Am Montag zogen etwa 1000 vor allem aus Serbien und Montenegro stammende Roma, die sich seit dem Wochenende in Berlin aufhalten (jW berichtete), durch die Berliner Innenstadt, um die Öffentlichkeit auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. Die Minderheiten aus Serbien und Montenegro sind von einer bereits geltenden deutsch-jugoslawischen Übereinkunft betroffen, der zufolge sie abgeschoben werden können - in ein Land, das ihre hier geborenen Kinder nicht einmal kennen und dessen Sprachen sie nicht sprechen. Vorneweg marschierten Frauen mit ihren Kindern, größeren und ganz kleinen. »Ihr habt unsere Häuser in Jugoslawien bombardiert«, war auf einem der zahlreichen Transparente zu lesen - ein deutlicher Hinweis auf die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien, der viele Angehörige ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo außer Landes trieb. Nach Erhebungen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor Ort wurden 14000 von 19000 Häusern von im Kosovo lebenden Roma während des Krieges 1999 zerstört. Die meisten ihrer Grundstücke seien von albanischen Nationalisten konfisziert worden.

Vielfach war auch zu hören: »Gebt uns Arbeit!« Hintergrund dieser Forderung ist die Tatsache, daß für die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien trotz ihres langjährigen Aufenthalts in der BRD ein faktisches Arbeitsverbot gilt, da sie nur »geduldet« sind. Bereits am vergangenen Freitag hatten die Roma in Berlin demonstriert, nachdem die Innenministerkonferenz in Bremerhaven beschlossen hatte, noch in diesem Jahr die Voraussetzungen für eine

zwangsweise »Rückführung« der Flüchtlinge aus dem Kosovo nach Jugoslawien zu schaffen, den Abschiebestopp zunächst jedoch nicht aufzuheben. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hatte für eine sofortige Zwangsausweisung der Flüchtlinge plädiert. Ein dauerhaftes Bleiberecht sei ausgeschlossen.

Eben dies fordern die Betroffenen, aber auch Menschenrechts- und Hilfsorganisationen wie Pro Asyl und Amnesty International. Sie weisen darauf hin, daß die Flüchtlinge bei einer Rückführung erneuter Verfolgung ausgesetzt wären. In einem Brief an die Bürger von Berlin weisen die Roma darauf hin, daß sie im Kosovo nicht nur polizeilichen Schikanen und Mißhandlungen, sondern auch Übergriffen von seiten der Bevölkerung ausgesetzt wären. Die Demonstranten forderten ein dauerhaftes Bleiberecht für alle, die mindestens fünf Jahre lang in Deutschland leben. Auch der Flüchtlingsrat Berlin hatte am Wochenende eine »Altfallregelung« im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes verlangt.

Interview Interview: Peter Nowak

Berliner Proteste gegen Abschiebung: Roma als Spielball deutscher Politik?

jW fragte Dzoni Sichelschmidt, Sprecher des Centre of Integration, Affirmation, and Emanzipation of the Roma in Germany (Zentrum für die Integration, Anerkennung und Befreiung der Roma in Deutschland)

F: Was haben Roma nach einer Abschiebung nach Jugoslawien zu befürchten?

Sowohl in Serbien als auch in Montenegro ist es für Roma sehr gefährlich. Die Berichte, die wir von dort bekommen, sind besorgniserregend. Die Roma leben in kleinen Enklaven, können sich nicht frei bewegen und werden von der Polizei drangsaliert. Hinzu kommt noch, daß faschistische Gruppen die Roma attackieren. So tauchten Plakate mit der Parole »Zigeuner raus aus Montenegro« auf. In Serbien wurde vor wenigen Wochen ein jugendlicher Roma von Neonazis zu Tode geprügelt.

F: Welche Rolle spielt die serbische Regierung bei der Verfolgung der Roma?

Die Regierung verkündet, daß es keine Verfolgung der Roma in Serbien gebe, und verweist auf entsprechende Paragraphen in den Gesetzen, die Gleichberechtigung vorsehen. Doch was auf dem Papier steht, ist das eine und die Realität ist das andere. Die Diskriminierung hängt auch mit den großen sozialen Problemen zusammen, die Serbien mit den eigenen Binnenflüchtlings aus Kroatien und dem Kosovo hat. Es handelt sich offiziell um etwa 700000 Menschen. Da stehen die Roma auf der untersten Stufe.

F: Wie ist die aktuelle Situation im Kosovo?

Die Albaner haben ihr Ziel erreicht. Rund 92 Prozent der Roma wurden in den letzten Jahren vertrieben oder sind geflohen. An der gefährlichen Situation für die Roma hat sich dort bis heute nichts geändert. Erst kürzlich wurde eine Gruppe von Roma, die in den Kosovo zurückgekehrt war, Opfer eines Granatenanschlages. 19 Menschen kamen dabei ums Leben. Wir haben haarsträubende Berichte über die Lage der wenigen noch im Kosovo wohnenden Roma. Zum Teil sind sie so arm, daß sie sich von verdorbenen Abfällen ernähren müssen.

F: Die Roma waren nach den Juden am stärksten von der Ausrottungspolitik der deutschen Faschisten betroffen. Gibt es da nicht auf deutscher Seite eine historische Verpflichtung für die Nachkommen?

Richtig. Roma und Sinti waren ebenso wie die Juden Opfer der mörderischen NS-Rassenpolitik. Doch leider haben wir keine starke Lobby. Daher werden die Roma einfach vergessen. Niemand zwingt die Regierung, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden. Wenn Roma abgeschoben werden, beteiligt sich die Bundesregierung wieder an ihrer Verfolgung.

F: Warum ist den deutschen Behörden so sehr an der Abschiebung der Roma gelegen?

Nach offizieller Lesart hat Deutschland den Krieg gegen Jugoslawien für einen multikulturellen Kosovo geführt. Nun will man die Roma benutzen, um diese Fassade aufrechtzuerhalten. Doch der multikulturelle Kosovo ist eine bloße Fiktion.

--- Junge Welt 10.06.2002

Peter Nowak

600 ROMA FORDERN BLEIBERECHT

Flüchtlinge in Berlin: Schicksal nicht über unsere Köpfe hinweg entscheiden

»Zwei Frauen fielen in Ohnmacht, andere wollten in Panik aus der sechsten Etage springen, und die Kinder schrien vor Angst«. Mit Empörung in der Stimme berichtete der Sprecher des Centre of Integration, Affirmation and Emanzipation of the Roma in Germany, Dzoni Sichelschmidt, auf einer Pressekonferenz am Sonntag in Berlin über eine Polizeirazzia am vergangenen Freitag. Mehrere Hundertschaften der Berliner Polizei hatten zwei von drei Flüchtlingswohnheimen durchsucht, die die Berliner Senatssozialverwaltung zuvor den etwa 600 Roma für die nächsten Tage als Unterkunft zur Verfügung gestellt hatte. Von etwa 150 Menschen wurden die Personalien aufgenommen - bis die Polizeiaktion durch den Sozialsenat gestoppt werden konnte. »Da hat die Verwaltung gegen die Senatspolitik gehandelt. Da besteht noch Aufklärungsbedarf«, erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Karin Hopfmann.

Doch Sichelschmidt hatte nicht nur Negatives über Berlin zu berichten. Er bedankte sich ausdrücklich bei der PDS und Flüchtlingsinitiativen für die guten Unterkünfte. »Die gab es in keiner anderen Stadt. Dafür hatten wir dort allerdings keinen Ärger mit der Polizei«.

Die Roma waren in einem Konvoi nach Berlin gekommen, um gegen ihre drohende Abschiebung nach Jugoslawien zu protestieren. Zuvor hatten sie Protestaktionen in Essen, Düsseldorf, Hamburg und bei der Innenministerkonferenz in Bremerhaven organisiert. »Wir kommen nach Berlin, weil dort die Politiker sitzen, die über unser Schicksal entscheiden«, erklärte Sichelschmidt. In den nächsten beiden Tagen sind zwei große Protestaktionen in der Hauptstadt geplant. Am Montag wollen die Roma mit einer Demonstration vom Schloßplatz zum Brandenburger Tor ihre Forderungen an die Öffentlichkeit bringen. Am Dienstag sind Proteste vor der jugoslawischen Botschaft in Berlin-Grunewald geplant. »Wir wollen dort dagegen protestieren, daß Politiker aus Deutschland und dem ehemaligen Jugoslawien über unsere Köpfe hinweg unser Schicksal entscheiden«, so Sichelschmidt. Die Polizei hat bisher lediglich die Proteste am Montag genehmigt.

Auf der Pressekonferenz betonten Sichelschmidt und andere Romavertreter, daß sie nach einer Abschiebung in eine für sie völlig fremde Umgebung nicht nur sozialer Not, sondern auch politischen Verfolgungen ausgesetzt wären. »Ich bin hier zur Schule gegangen, spreche die deutsche Sprache perfekt und bin hier völlig integriert. Warum wird mir nicht die Möglichkeit gegeben, hier zu leben« fragte ein 17jähriger. Ob er in den nächsten Tagen in Berlin eine Antwort bekommt, wird sich noch zeigen.

Neues Deutschland 08.06.02

ROMA TRAGEN PROTEST NACH BERLIN

Berlin (ND-Kalbe). Rund 500 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die bereits am Rande der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern in Bremerhaven demonstriert hatten, haben ihre Aktion nunmehr nach Berlin verlegt. Sie seien am Donnerstagnachmittag in Empfang genommen und vorübergehend untergebracht worden, teilte die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner am Freitag mit. Sie planen eine Mahnwache und eine Protestaktion am Montag nahe dem Reichstag und wollen ihr Anliegen Bundespolitikern vortragen. Dies sei ihnen bereits zugesichert worden, so Knake-Werner. Am Montag sollen sie in ihre Unterkünfte vor allem in Nordrhein-Westfalen zurückkehren. Eine Polizeiaktion nach der Ankunft in Berlin, die der Erfassung der Personalien dienen sollte, wurde nach einer Absprache zwischen verschiedenen Senatsressorts wieder beendet. Der Senat sehe die Aufnahme als humanitäre Verpflichtung, sagte Knake-Werner. Die Flüchtlinge, die aus Serbien und Montenegro stammen, stünden unter starkem psychischen Druck und seien gesundheitlich versorgt worden. Unter ihnen befinden sich rund 140 Kinder und 145 Frauen. Eine Frau wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Roma sehen sich von Abschiebung bedroht. Die Innenminister hatten am Donnerstag einen Abschiebestopp für Roma lediglich aus dem Kosovo erlassen, zugleich aber die Heimkehr der Angehörigen aller Minderheiten bis zum Jahresende angekündigt.

Weser-Kurier 10.06.02

KRIEGSFLÜCHTLINGE MÜSSEN WIEDER ZURÜCKKEHREN

Landkreis: 160 Roma aus dem Kosovo sind ausreisepflichtig / Vierköpfige Familie ist untergetaucht

Von unserem Redakteur Johannes Heeg

Verden. Für 160 Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo heißt es bald Abschied nehmen vom Landkreis Verden. Diese Menschen, überwiegend Roma, sollen noch in diesem Jahr in ihre Heimat zurückgeführt werden, wie Ende voriger Woche die Innenminister-Konferenz in ihrer Sitzung in Bremerhaven beschlossen hat. "Von dem Beschluss weiß ich noch gar nichts", sagte Gerd Depke, der zuständige Abteilungsleiter im Ordnungsamt der Verdener Kreisverwaltung, auf Anfrage. Daher könne er auch noch keine genauen Termine nennen. "Wir warten jetzt auf den Ausführungserlass des niedersächsischen Innenministeriums", so Depke. Darin werde ganz genau stehen, wie der Rückführungsbeschluss umzusetzen sei. "Es gibt kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Minderheiten in Deutschland", hatte der Bremer Innensenator Kuno Böse (CDU) als Vorsitzender der Innenminister-Konferenz in Bremerhaven festgestellt, die von Demonstrationen von Sinti und Roma aus dem Kosovo begleitet wurde. Und Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) betonte, dass Bürgerkriegsflüchtlinge für einen gewissen Zeitraum in Deutschland Schutz finden könnten. Die Forderung der Sinti und Roma nach einer Integration lehnte Schily aber ab. "Das ist nicht Sinn der Sache." Von den derzeit 160 im Kreis Verden lebenden Roma aus dem Kosovo hätten die meisten Asyl-Anträge gestellt, berichtet Depke. Diese seien jedoch alle abgelehnt worden: "Die Leute sind also alle ausreisepflichtig." Ihre Aufenthaltsgenehmigungen sind bisher immer nur um jeweils drei Monate verlängert worden. Eine vierköpfige Familie aus dem Kosovo, die vor drei Jahren in Posthausen einquartiert worden war und über deren Schicksal unsere Zeitung seinerzeit auch berichtet hatte, ist indes für den Arm des Gesetzes nicht mehr greifbar. "Die sind voriges Jahr untergetaucht", berichtet der Ottersberger Ordnungsamtsleiter Jürgen Buthmann-von Schwartz, "und zwar plötzlich und völlig unerwartet für alle Beteiligten." Damals habe ja noch keine Abschiebung angestanden, und die Familie habe sich auch schon ein wenig eingelebt im Ort. "Die Kinder waren in der Schule und im örtlichen Sportverein", so Buthmann-von-Schwartz. Von der Familie gebe es seit ihrem Verschwinden "keine Spur".

TAZ Berlin 10.06.02

ROMA FÜR BLEIBERECHT

Demonstration gegen drohende Abschiebung. Flüchtlingsrat fordert Bleiberecht für Betroffene

Mit einer Demonstration wollen die 533 unerlaubt nach Berlin eingereisten Roma heute gegen ihre drohende Abschiebung nach Serbien und Montenegro protestieren. Eine Rückkehr hätte für sie "katastrophale Folgen", teilte die Roma-Union gestern mit. Dort wären sie "nicht nur polizeilichen Schikanierungen und Misshandlungen, sondern auch Übergriffen auf Leib und Leben von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt". Der Flüchtlingsrat Berlin unterstützt die Aktion und fordert für alle seit langem in Deutschland lebenden Flüchtlinge eine humanitäre Lösung.

Die Roma, die seit rund zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen leben, waren am Donnerstag nach 42-tätigem Protesten in anderen deutschen Städten in Berlin eingetroffen. Zwar haben sie damit gegen die so genannte Residenzpflicht verstoßen, wonach sie sich nur in Nordrhein-Westfalen aufhalten dürfen, aber der rot-rote Senat duldet die Aktion aus humanitären Gründen.

Eine Lösung des Problems ist nach Darstellung von Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin überfällig. Auch in der Bundeshauptstadt habe nur etwa ein Zehntel der rund 18.000 Flüchtlinge aus Exjugoslawien einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Classen forderte ein generelles Bleiberecht für Flüchtlinge, die seit vielen Jahren in Deutschland leben. Er kritisierte in diesem Zusammenhang das neue Zuwanderungsgesetz, in dem eine so genannte Altfallregelung fehle. Am Dienstag ist eine Demonstration vor der jugoslawischen Botschaft geplant.
DPA/DDP/TAZ

taz Berlin lokal Nr. 6770 vom 10.6.2002, Seite 21, 51 Zeilen (TAZ-Bericht)

Berliner Zeitung 10.06.02

ROMA PROTESTIEREN GEGEN IHRE ABSCHIEBUNG

ddp

Die mehr als 530 illegal nach Berlin gekommenen Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien wollen am Montag gegen ihre drohende Abschiebung protestieren. Die seit rund zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürgerkriegsflüchtlinge planen eine Demonstration durch die Innenstadt und eine Kundgebung am Brandenburger Tor, kündigte ein Sprecher der Gruppe am Sonntag an. Die Flüchtlinge, die vor allem aus Serbien und Montenegro stammen, waren am Donnerstag nach 42-tägigen Protesten in anderen deutschen Städten in Berlin eingetroffen. Die Roma fordern ein Bleiberecht in Deutschland, weil sie als Minderheit in Jugoslawien Ausgrenzung und Verfolgung befürchten. (ddp)

Neues Deutschland 08.06.02

ROMA TRAGEN PROTEST NACH BERLIN

Berlin (ND-Kalbe). Rund 500 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die bereits am Rande der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern in Bremerhaven demonstriert hatten, haben ihre Aktion nunmehr nach Berlin verlegt. Sie seien am Donnerstagnachmittag in Empfang genommen und vorübergehend untergebracht worden, teilte die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner am Freitag mit. Sie planen eine Mahnwache und eine Protestaktion am Montag nahe dem Reichstag und wollen ihr Anliegen Bundespolitikern vortragen. Dies sei ihnen bereits zugesichert worden, so Knake-Werner. Am Montag sollen sie in ihre Unterkünfte vor allem in Nordrhein-Westfalen zurückkehren. Eine Polizeiaktion nach der Ankunft in Berlin, die der Erfassung der Personalien dienen sollte, wurde nach einer Absprache zwischen verschiedenen Senatsressorts wieder beendet. Der Senat sehe die Aufnahme als humanitäre Verpflichtung, sagte Knake-Werner. Die Flüchtlinge, die aus Serbien und Montenegro stammen, stünden unter starkem psychischen Druck und seien gesundheitlich versorgt worden. Unter ihnen befinden sich rund 140 Kinder und 145 Frauen. Eine Frau wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Roma sehen sich von Abschiebung bedroht. Die Innenminister hatten am Donnerstag einen Abschiebestopp für Roma lediglich aus dem Kosovo erlassen, zugleich aber die Heimkehr der Angehörigen aller Minderheiten bis zum Jahresende angekündigt.

Junge Welt 10.06.2002

Peter Nowak

600 ROMA FORDERN BLEIBERECHT

Flüchtlinge in Berlin: Schicksal nicht über unsere Köpfe hinweg entscheiden

»Zwei Frauen fielen in Ohnmacht, andere wollten in Panik aus der sechsten Etage springen, und die Kinder schrien vor Angst«. Mit Empörung in der Stimme berichtete der Sprecher des Centre of Integration, Affirmation and Emanzipation of the Roma in Germany, Dzeni Sichelschmidt, auf einer Pressekonferenz am Sonntag in Berlin über eine Polizeirazzia am vergangenen Freitag. Mehrere Hundertschaften der Berliner Polizei hatten zwei von drei Flüchtlingswohnheimen durchsucht, die die Berliner Senatssozialverwaltung zuvor den etwa 600 Roma für die nächsten Tage als Unterkunft zur Verfügung gestellt hatte. Von etwa 150 Menschen wurden die Personalien aufgenommen - bis die Polizeiaktion durch den Sozialsenat gestoppt werden konnte. »Da hat die Verwaltung gegen die Senatspolitik gehandelt. Da besteht noch Aufklärungsbedarf«, erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Karin Hopfmann.

Doch Sichelschmidt hatte nicht nur Negatives über Berlin zu berichten. Er bedankte sich ausdrücklich bei der PDS und Flüchtlingsinitiativen für die guten Unterkünfte. »Die gab es in keiner anderen Stadt. Dafür hatten wir dort allerdings keinen Ärger mit der Polizei«.

Die Roma waren in einem Konvoi nach Berlin gekommen, um gegen ihre drohende Abschiebung nach Jugoslawien zu protestieren. Zuvor hatten sie Protestaktionen in Essen, Düsseldorf, Hamburg und bei der Innenministerkonferenz in Bremerhaven organisiert. »Wir kommen nach Berlin, weil dort die Politiker sitzen, die über unser Schicksal entscheiden«, erklärte Sichelschmidt. In den nächsten beiden Tagen sind zwei große Protestaktionen in der Hauptstadt geplant. Am Montag wollen die Roma mit einer Demonstration vom Schloßplatz zum Brandenburger Tor ihre Forderungen an die Öffentlichkeit bringen. Am Dienstag sind Proteste vor der jugoslawischen Botschaft in Berlin-Grunewald geplant. »Wir wollen dort dagegen protestieren, daß Politiker aus Deutschland und dem ehemaligen Jugoslawien über unsere Köpfe hinweg unser Schicksal entscheiden«, so Sichelschmidt. Die Polizei hat bisher lediglich die Proteste am Montag genehmigt.

Auf der Pressekonferenz betonten Sichelschmidt und andere Romavertreter, daß sie nach einer Abschiebung in eine für sie völlig fremde Umgebung nicht nur sozialer Not, sondern

auch politischen Verfolgungen ausgesetzt wären. »Ich bin hier zur Schule gegangen, spreche die deutsche Sprache perfekt und bin hier völlig integriert. Warum wird mir nicht die Möglichkeit gegeben, hier zu leben« fragte ein 17jähriger. Ob er in den nächsten Tagen in Berlin eine Antwort bekommt, wird sich noch zeigen.

*** Berliner Zeitung 12.06.02

Roma demonstrieren vor jugoslawischer Botschaft

Rund 200 illegal nach Berlin eingereiste Roma aus Ex-Jugoslawien haben am Dienstag vor der jugoslawischen Botschaft gegen ihre drohende Abschiebung demonstriert. "Wenn wir abgeschoben werden, erwartet uns als Minderheit große Gefahr für Leib und Leben", sagte der Sprecher des Vereins C.I.A.E. Roma-Union, Dzoni Sichelschmidt.

*** Berliner Morgenpost 12.06.02

Weitere Roma-Demonstration

Rund 200 illegal eingereiste Roma aus Ex-Jugoslawien haben gestern friedlich vor der jugoslawischen Botschaft gegen ihre drohende Abschiebung demonstriert. Der Erste Botschaftsrat Zlatomir Zivkovic empfing eine Delegation zum Gespräch. Schon Montag waren etwa 300 Roma vom Schlossplatz zum Brandenburger Tor gezogen. ddp

TAZ 12.06.02

Roma ziehen nach Hannover weiter

Die rund 500 Roma haben ihre Berliner Demonstrationen für ein Bleiberecht beendet. Ihre bereits 46-tägige Protesttour wollen sie in Hannover und Münster fortsetzen. Die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien hatten Montag am Brandenburger Tor gegen ihre geplante Abschiebung demonstriert und Dienstag vor der jugoslawischen Botschaft. "Wir hoffen, dass wir die Bundespolitiker mit unserem Anliegen erreicht haben", sagte ein Sprecher der Roma. DPA/TAZ
